

23. März 2005, 16:26, NZZ Online

Auf zwei Wegen zum CO2-Ziel

Bundesrat schlägt Mix aus CO2-Abgabe und Klimarappen vor

Wie erwartet hat sich der Bundesrat für eine kombinierte Lösung zur Senkung des CO2-Ausstosses in der Schweiz ausgesprochen. Brennstoffe sollen ab nächstem Jahr mit einer CO2-Abgabe belastet werden. Für Treibstoffe soll vorerst ein freiwilliger Klimarappen eingeführt werden. Damit sollen die Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls erreicht werden.

ubl. Die Wirtschaft erhält die Chance, mit der Einführung eines Klimarappens auf Treibstoffen zur Reduktion des CO2-Ausstosses beizutragen. Der Bundesrat hat am Mittwoch entschieden, dass für Treibstoffe der Klimarappen, für Brennstoffe hingegen eine CO2-Abgabe eingeführt werden soll. Beide Abgaben sollen ab Anfang 2006 gelten.

Abgabe fliesst zurück

Die CO2-Abgabe auf Brennstoffe wird 35 Franken pro Tonne betragen, was 9 Rappen pro Liter Heizöl entspricht. Die Abgabe gilt als Lenkungsabgabe und nicht als Steuer. Sie soll Anreiz zu sparsamem Umgang mit Brennstoff schaffen. Denn Erträge fließen an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurück. Über die Krankenkasse werden 46 Franken pro Kopf und Jahr ausbezahlt. Wer sparsam mit Energie umgeht, profitiert.

Wirtschaft kann eigene Massnahmen ergreifen

Gemäss einer Mitteilung des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) soll die Abgabe zudem proportional zur AHV-Lohnsumme an die Wirtschaft zurückfliessen. Betriebe, die sich durch die Abgabe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt sehen, können sich davon befreien lassen. Sie verpflichten sich jedoch, durch interne Massnahmen für eine CO2-Reduktion zu sorgen.

Stiftung verwaltet Klimarappen

Die Höhe des Klimarappens hingegen wird nicht durch den Bundesrat festgesetzt, da es sich um eine freiwillige Massnahme handelt. Die Einnahmen des Preiszuschlages, den die Wirtschaft auf Treibstoffen erheben will, werden auf 70 Millionen Franken geschätzt. Eine unabhängige Stiftung soll die Höhe der Abgabe und die Verwendung der Einnahmen bestimmen. Die Initianten wollen insbesondere ausländische CO2-Zertifikate kaufen. Darüber hinaus sollen Massnahmen zur Förderung von Biotreibstoffen sowie die Sanierung von Gebäuden unterstützt werden.

Der Bundesrat will den Klimarappen gewissermassen auf Zusehen hin einführen. Kommt das Instrument bis Ende 2007 nicht zustande oder entfaltet es die gewünschte Wirkung nicht, so soll auch auf Treibstoffen eine CO2-Abgabe erhoben werden. Dabei bestünde die Möglichkeit, das CO2-ärmere Diesel von dieser Abgabe zu befreien.

Der am Mittwoch eingeschlagene Mittelweg ist das Resultat einer Vernehmlassung, bei der sich keine klaren Mehrheiten ergaben. Während vor allem linke Parteien und Umweltverbände für eine CO2-Abgabe plädierten, setzten sich bürgerliche Parteien und die Wirtschaft mit Vehemenz für einen Klimarappen ein.

UVEK muss Umsetzung konkretisieren

Die nun skizzierte Lösung wirft noch einige Fragen der praktischen Umsetzung auf. Das UVEK soll einen Vorschlag ausarbeiten, der dem Bundesrat an dessen nächster Sitzung vorgelegt wird. Das geltende Gesetz schreibt auf Basis des Kyoto-Protokolls vor, den CO2-Ausstoss zwischen 1990 und 2010 um 10 Prozent zu senken. Ansonsten soll eine CO2-Abgabe eingeführt werden.

Mehr zum Thema:

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/03/23/il/newzzE6NI58SV-12.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG